

Überlegungen zum Internationalen Tag der Korruptionsbekämpfung

Schmierer und salben hilft allenthalben

Von Guido Graf

Der 9. Dezember wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum «Internationalen Tag der Korruptionsbekämpfung» ernannt. Ich nehme den heutigen Tag zum Anlass, einige Überlegungen zum brisanten Thema «Korruption» zu äussern. Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist das dritte Treffen der «Kontaktgruppe zentrales Mittelmeer», das am 13. November auf Einladung von Bundesbern stattgefunden hat. Zu den Teilnehmern gehörten Vertreter aus folgenden Ländern: Ägypten, Algerien, Deutschland, Frankreich, Italien, Libyen, Mali, Malta, Niger, Österreich, Slowenien, Tschad und Tunesien sowie der EU-Kommissar für Inneres und Migration, die Estnische EU-Ratspräsidentschaft und der Europäische Auswärtige Dienst.

Eines der Hauptziele der Kontaktgruppe ist der Schutz von Migranten und Flüchtlingen, indem beispielsweise die Haftbedingungen in libyschen Gefängnissen verbessert werden, die freiwillige Rückkehr geregelt wird oder sichere und reguläre Migrationswege für Flüchtlinge geschaffen werden.

Die Zusammenarbeit mit korrupten Regierungen muss überprüft werden.

Libyen ist das wichtigste Transitland für Migranten und Flüchtlinge auf ihrem Weg über das Mittelmeer nach Europa. Deswegen wurde Libyen als Schlüssel-Land bezüglich illegaler Einwanderung identifiziert. Bei allem Respekt gegenüber den Vertretern in der «Kontaktgruppe zentrales Mittelmeer» fehlt es mir aber an der notwendigen Weitsicht. Gemäss sicherheitspolitischer Beurteilung ist Libyen ein gescheiterter Staat. Transparency International (TI) bewertete 2016 Libyen mit 14 CPI-Punkten als eines der korruptesten Länder. Schon alleine aufgrund dieser Tatsache dürfte Libyen kein Kooperationspartner sein!

Entwicklungshilfe auf Prüfstand

Die unabhängige Transparency International veröffentlicht jährlich einen Korruptions-Index. Der Initiator Peter Eigen hat während seiner langjährigen Arbeit für die Weltbank, zuletzt als Direktor der Regionalmission für Ostafrika in Kenia, 1992 die TI gegründet. Peter Eigen sah Korruption als Haupthemmnis für den Erfolg von Entwicklungsprojekten. Durch dubiose Rohstoffgeschäfte und korrupte Handlungen gehen in Afrika jährlich 750 Milliarden Euro verloren.

Durch die Korruption und ungebremste Bevölkerungsexplosion

Auszug aus dem Korruptionsindex (CPI) 2016

Bester Wert = 100

Schweiz	86	Malta	55	Ägypten	34
Deutschland	81	Italien	57	Algerien	34
Österreich	75	Tunesien	41	Mali	32
Frankreich	69	Marokko	37	Tschad	20
Slowenien	61	Niger	35	Libyen	14

wächst die Zahl der ohne Perspektive aufwachsenden afrikanischen Bevölkerung jedes Jahr um Millionen von Menschen. Da die beschränkt verfügbaren Arbeitsplätze in der Regel innerhalb der Familien-Clans vergeben werden, drängt die afrikanische Jugend (60 Prozent sind jünger als 25 Jahre) nach Europa. Weil die Flüchtlinge devisenmässig in Europa viel mehr Geld einbringen und zusätzlich noch Entwicklungshilfe fliesst, sind die afrikanischen Staatschefs nicht unbedingt an einer Änderung des Status quo interessiert.

Die zahlenmässig sprunghafte Entwicklung der Anlandung unbegleiteter Minderjähriger sowie die besonders auffallend hohe Zahl junger nigerianischer Frauen in Italien zeigen, wie korrupt und insbesondere käuflich die Flucht nach Europa ist. Mit den eigens von uns investierten Mitteln in Afrika ermöglichen wir die Flucht nach Europa. Dieser Unsinn muss ein Ende haben.

Deshalb fordere ich, dass die Zusammenarbeit mit korrupten Regierungen genauer überprüft werden muss. Es kann nicht sein, dass wie bis anhin Milliardenbeträge in nachgewiesenermassen korrupte Länder ohne Gegenleistung überwiesen werden. Die der Korruption verdächtigsten Staaten sollen zuerst ihre zentralen Regierungsaufgaben, im Sinne einer guten Regierungsführung, erfüllen. Afrika hat alle nur erdenklichen Ressourcen und ist nicht auf unsere Almosen angewiesen. Die schweizerisch-italienische Wirtschaftswissenschaftlerin Beatrice Weder di Mauro kommt in ihrem Aufsatz «Do Corrupt Governments Receive Less Foreign Aid?» («Bekommen korrupte Regierungen weniger Entwicklungshilfe?») zur Schlussfolgerung, dass Entwicklungshilfe dazu neigt, Korruption anzuwachsen zu lassen. Die Afrikanerin Dambisa Moyo ist in ihrer Aussage noch strenger und behauptet, dass die Entwicklungshilfe in Afrika sogar das Problem sei (Dambisa Moyo in «Dead Aid – warum Entwicklungshilfe nicht funktioniert und was Afrika besser machen kann»).

Volker Seitz, ehemaliger deutscher Diplomat mit 17 Jahren Afrikaerfahrung, erwähnt unter anderem in seinem Buch «Afrika wird armregiert», dass nigerianische Würdenträger seit der Unabhängigkeit (1960) die unvor-

stellbare Summe von nahezu 500 Milliarden US Dollar unterschlagen haben. Afrikas Eliten haben gegenüber ihren Ländern kein Verantwortungsgefühl, sie betrachten ihre Staaten als Goldesel. Was heisst das für uns: Die Schweiz muss ihre begrenzten Mittel konzentriert dort einsetzen, wo unverschuldete Not vorhanden ist.

Allenthalben Korruption

Es ist nicht zu viel verlangt, wenn Bundesbern die Nehmerländer systematisch und konsequent nach bestimmten Kriterien überprüft. Der vorher erwähnte Korruptionsindex ist ein mögliches Führungsinstrument. Finanzielle Zusicherungen und Kriterien müssen transparent und an Bedingungen (Rückführungsabkommen ohne Ausweichmöglichkeiten, Schutz der eigenen Grenzen, nachhaltige Gesetze gegen die Korruption) geknüpft sein. Mit der freiwilligen Rückkehr ist ein frommer Wunsch verbunden, dass Migranten die Schweiz verlassen, ein Land, indem «noch» Honig und Milch fliessen. Es fragt sich nur, wie lange noch.

Durch dubiose und korrupte Handlungen entgehen Afrika jährlich 750 Milliarden Euro.

Es muss sichergestellt werden, dass korrupte Regierungen von der Schweiz keine finanzielle Hilfe mehr erhalten. Wenn wir das Thema Korruption in der Zusammenarbeit mit Herkunftsländern komplett ausblenden, haben wir intern und extern ein Glaubwürdigkeitsproblem und bewegen uns gesellschaftspolitisch auf einem schmalen Grat. Es braucht Mut und einen starken Willen, bei diesem Thema eine klare Kante zu zeigen und fragwürdige Kooperationen umgehend zu beenden. Wie sollen es unsere Bürgerinnen und Bürger verstehen, wenn, wenn einerseits aufgrund der finanziellen Lage in den Bereichen Sicherheit, Bildung und Soziales, bei der AHV Abstriche gemacht und andererseits 1,3 Milliarden für den sogenannten Kohäsionsbeitrag an die EU zugesichert werden oder finanzielle Zusicherungen an Herkunftsländer gemacht werden, wofür keine Gegenleistung vereinbart wird?

Gerne erinnere ich daran, dass einer der wichtigsten Werte der Schweiz die Unabhängigkeit ist. Eine Zusammenarbeit mit korrupten Regierungen widerspricht dieser Werte-haltung. Unsere aussenpolitischen Interessen müssen dem Bürger in einer klaren Sprache rechtzeitig und transparent durch die Verantwortungsträger aufgezeigt werden können. Auf Fragen, Vorbehalte und Ängste der Bürger ist zeitgerecht und offen einzugehen.

Wir dürfen es nicht zulassen, weiter am eigenen Ast zu sägen. Sicherheit ist ein Grundbedürfnis, auch für uns Schweizerinnen und Schweizer! Es ist mehr als naiv, korrupte Staaten zu unterstützen, gleichzeitig das für unsere Grenzsicherung notwendige Personal einzusparen, die Polizeikräfte nicht aufzustocken, obwohl die Tätigkeiten der organisierten Kriminalität bekannt sind. Die organisierte Kriminalität setzt die Mittel der Korruption zielgerichtet ein und verfügt über ein gut ausgebildetes Beziehungsnetz und kennt insbesondere keine Landes-, aber auch keine ethischen Grenzen.

Korruption ist weltweit in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft weitverbreitet und aktueller denn je. Der Kampf gegen die Korruption ist primär eine Führungsaufgabe und setzt voraus, dass Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat Vertrauen haben. Vertrauen ist der Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält, geduldete Korruption spaltet die Gesellschaft! Setzen wir alles daran, dass der Kitt unserer Gesellschaft erhalten bleibt. Meine Forderungen im Kampf gegen die Korruption lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Keine Zusammenarbeit mit korrupten Regierungen;
- Korruptions-Index als Führungsinstrument einsetzen;
- Aussetzen der klassischen Entwicklungshilfe;
- Keine Abstriche bei der Sicherheit, insbesondere an unseren Landesgrenzen;
- Reduktion der Teilnahme an durch die EU organisierten internationalen Migrations-Konferenzen;
- Verzicht auf die Teilnahme in der «Kontaktgruppe zentrales Mittelmeer»;
- Migrations- und Entwicklungspolitik in einem Department zusammenführen.



Guido Graf ist Regierungspräsident des Kantons Luzern. Er ist Mitglied der CVP.

Schweiz nimmt Flüchtlinge auf

80 Libyer sollen bis Mitte 2018 umgesiedelt werden

Bern. Die Schweiz kommt einem Ersuchen des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) nach: So nimmt sie 80 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge auf, die aus Libyen evakuiert werden. Justizministerin Simonetta Sommaruga hat den Bundesrat gestern darüber informiert, wie ihr Departement mitteilte. Es handle sich um eine humanitäre Sofortmassnahme, sagte Sommaruga vor den Medien. Die 80 Personen sollen spätestens bis Mitte 2018 umgesiedelt werden.

Sommaruga erinnerte an die katastrophalen Zustände in Libyen. Viele Menschen würden dort in inoffiziellen Lagern und Haftanstalten festgehalten, auch Frauen, Kinder und unbegleitete Minderjährige. Es komme zu Ausbeutungen, Misshandlungen, Folter, sexueller Gewalt bis hin zu Menschenhandel und Sklaverei.

Rückgang der Asylgesuche

Die Justizministerin erinnerte daran, dass die Zahl der Asylgesuche in den letzten Monaten stark zurückgegangen ist. Das habe mit der verstärkten Zusammenarbeit zwischen europäischen und nordafrikanischen Staaten zu tun, sagte sie. Weniger Menschen kämen über das Mittelmeer nach Europa, doch seien viele nun in Libyen gestrandet. Die Eindämmung der Migration bringe auch eine Verantwortung mit sich, sagte Sommaruga.

Das UNHCR schätzt, dass rund 5000 besonders schutzbedürftige Personen aus Libyen evakuiert werden müssen. Für jene Menschen, die es als Flüchtlinge anerkennt, sucht das UNHCR möglichst rasch Drittstaaten, die sie aufnehmen. Auf die Frage, warum die Schweiz nicht mehr Menschen aufnehme, sagte Sommaruga, das UNHCR könne derzeit nur kleine Gruppen aus Libyen evakuieren. Die Flüchtlinge werden in ein Transitzentrum nach Niger gebracht. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) wurde beauftragt, die Personen dort auszuwählen und zu befragen. Dabei werde auch die übliche Sicherheitsüberprüfung durchgeführt, schreibt das Justiz- und Polizeidepartement (JEPD). Ebenfalls berücksichtigt würden beim Entscheid das Alter, das Geschlecht und mögliche familiäre Beziehungen zur Schweiz.

Neben der Schweiz haben dem UNHCR weitere europäische Staaten die Aufnahme von Flüchtlingen zugesagt, die auf der zentralen Mittelmeerroute in eine prekäre Situation geraten sind. Die Schweiz hatte schon früher Kontingentsflüchtlinge aufgenommen. In den 1990er-Jahren wurde die Praxis vorübergehend eingestellt. Seit 2013 nimmt die Schweiz wieder solche Flüchtlingsgruppen auf. Bisher handelte es sich um Personen aus Syrien. Die mögliche Aufnahme von anerkannten Flüchtlingen aus Libyen hatte Sommaruga bereits im November angekündigt. SDA

ANZEIGE

60 YEARS OF ADVENTURE AND DISCOVERY

M · E · Z · G · E · R ·

Uhren und Juwelen
Freiestrasse 101, 4051 Basel

superOcean
HERITAGE
SINCE 1957

BREITLING
1884

INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™